



17 Sicherheit

Human beings the world over need freedom and security that they may be able to realise their full potential.

Aung San Suu Kyi

Sicherheit bedeutet im ursprünglichen Wortsinn einen Zustand frei von Sorge (*lat.: se cura*). Von der Entstehung der ersten Nationalstaaten in der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Sicherheit allgemein als wichtigste Aufgabe des Staates begriffen. Der Staat sollte die äußere Souveränität wahren und jegliche Bedrohungen von außen, insbesondere militärische Bedrohungen von anderen Staaten, abwehren. Dieses Verständnis hat sich über die letzten Jahrzehnte hinweg fundamental gewandelt.

Die Erosion des traditionellen Sicherheitsverständnisses

Es gibt unzählige Beispiele in der Geschichte, in denen das Streben nach „Sicherheit“ dazu diente, Angriffe und Kriege, die Eroberung von Kolonien und die Unterdrückung von Völkern zu rechtfertigen. Sicherheitspolitik wurde als ein Nullsummenspiel angesehen, das nach den Regeln der Stärkeren gespielt wurde und bei dem die Mächtigen ihre Sicherheit durch die Unsicherheit der Ohnmächtigen erkaufen. Dieses enge Verständnis von Sicherheit – Souveränität und Schutz des Staates gegen andere Staaten – wurde erstmals grundlegend mit dem Eintritt der Menschheit in das atomare Zeitalter infrage gestellt. Da jegliche Nutzung von Atomwaffen unabweislich das Risiko einer unkontrollierbaren und vollständigen Vernichtung der Menschen birgt, unabhängig davon, in welchen Staaten sie leben, stellte sich die Frage ungleicher Sicherheit zwischen militärisch „starken“ und „schwachen“ Staaten auf einmal in neuer Weise. Wenn als zweiter stirbt, wer als erster schießt, wird militärische „Sicherheitsvorsorge“ absurd und Zusammenarbeit ein Muss.

Die verstärkte Wahrnehmung dieser atomaren Interdependenz hat zum Bewusstwerden beigetragen, dass Sicherheit weder nur ein militärisches Thema ist noch ein alleiniges Privileg von Staaten sein darf. Auch andere globale nichtmilitärische Bedrohungen der Existenz rückten stärker ins öffentliche Blickfeld. Interdependenz besteht aber nicht nur zwischen Staaten, sondern oft auch zwischen konfliktbeteiligten Akteuren, wie etwa zwischen dysfunktionalen Regierungen und einer organisierten Opposition in fragilen Staaten. Interdependenz trägt dazu bei, über kooperative Ansätze zur Risikoverringerung nachzudenken. Sie kann damit auch das Interesse an → Konflikttransformation stärken.

Ein erweitertes Sicherheitskonzept

In den 1970er und 1980er Jahren erhielt eine ursprüngliche Expertendebatte zunehmend öffentliche Aufmerksamkeit: Nichtmilitärische „Globale Risiken“ wie der Klimawandel, Ressourcen-

knappheit, Unterentwicklung und moderne Pandemien wurden plötzlich als kriegsähnliche Bedrohungen für die Sicherheit von Staaten und Völkern eingestuft. Zugleich wurde gewarnt, sie könnten darüber hinaus bewaffnete Konflikte auslösen, zum Beispiel im Ergebnis von Ressourcenkonflikten.

Der bisher unstrittige traditionelle Sicherheitsfokus auf militärische Bedrohungen verschwamm zunehmend. Der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland Bericht) von 1987 stellte fest:

„Konflikte können nicht nur aufgrund von politischen und militärischen Bedrohungen der nationalen Souveränität entstehen, sie können ebenso gut ausbrechen infolge von Umweltzerstörungen und des Verspielens von Entwicklungsmöglichkeiten. Das Handeln zur Minderung von Umweltbedrohungen der Sicherheit erfordert eine nationale und globale Neudefinition von Prioritäten. Eine solche Neubestimmung könnte erreicht werden, wenn man sich generell auf eine umfassendere Definition von Sicherheit verständigen könnte und wenn militärische, politische, umweltbedingte und andere Konfliktquellen einbezogen würden.“

Eine Sicherheitspolitik, die sich auch mit nichtmilitärischen Risiken und Bedrohungen auseinandersetzt, erfordert andere Instrumente und Ansätze als militärische Verteidigung. Risiken mit globaler Reichweite können durch nationalstaatliche Politik oder gar bewaffnete Abschreckung kaum entschärft, geschweige denn gelöst werden. Dies erforderte vielmehr zwischenstaatliche und transnationale Zusammenarbeit. In der Theorie ist der Schluss aus dieser Erkenntnis klar und einfach: Die Souveränität eines Staates wird de-legitimiert, wenn die Verfolgung eigener Interessen und Politik die Sicherheit anderer Staaten gefährdet. In der Praxis ist die politische Dominanz des traditionellen Sicherheitsdenkens jedoch weithin ein Hindernis für die konstruktive Erweiterung von Sicherheitsperspektiven geblieben.

Sicherheitskonzepte	
	Traditionelle Sicherheit
Ziel	Schutz des Staates gegenüber militärischen Bedrohungen durch andere Staaten
Akteursebene	Staaten
Instrumente und Ansätze	Verteidigungspolitik; Staatenbündnisse; Kodifizierung und Durchsetzung von internationalem und humanitärem Völkerrecht

Quelle: Berghof Foundation

Verhandlungen über globale Risiken wie Klimawandel, Wasserknappheit und Verlust der Artenvielfalt zeigen zwar ein wachsendes Bewusstsein für die Notwendigkeit globaler Kooperation, aber auch die Schwierigkeiten von Nationalstaaten, Kompromisse zu erzielen, wenn ihre Interessen miteinander konkurrieren. Im Bemühen, ihre Machtpositionen zu erhalten, tendieren vor allem die mächtigeren Staaten dazu, ihre Politik zu „versicherunglichen“, d. h. sie verteidigen ihre eigenen Interessen gegen die Bedürfnisse anderer statt faire Vereinbarungen anzustreben. Sicherheitspolitik auf Kosten Anderer zu verfolgen, wird allerdings früher oder später aufgrund der beschriebenen globalen Interdependenzen nur zu größerer Unsicherheit für Alle führen.

Erweiterte Sicherheit	Menschliche Sicherheit
Schutz von Staaten und ihrer Gesellschaften gegen militärische und nichtmilitärische (nichttraditionelle) Bedrohungen und Risiken	Schutz aller Menschen vor Bedrohungen, ungeachtet des Ursprungs der Bedrohungen (Freiheit von Furcht und Freiheit von Not)
Staaten	Staaten, Nichtregierungsorganisationen, soziale Gruppen, Individuen
Gemeinschaftliche und integrierte Strategien für alle Politikbereiche, militärische und zivile Elemente eingeschlossen, Versicherunglichung von Politikbereichen	Dominanz ziviler Strategien zur Bereitstellung der Lebensgrundlagen in Frieden, Würde und Wohlstand für Alle

Von erweiterter Sicherheit zu menschlicher Sicherheit

Die weltweiten fundamentalen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen nach dem Ende des Kalten Krieges haben die Wahrnehmung von Sicherheitskonzepten rund um den Erdball beeinflusst. Die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen verbunden mit den globalen Risiken betreffen das Leben aller Menschen. Vor diesem Hintergrund hat der Jahresbericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen von 1994 den Begriff „Menschliche Sicherheit“ geprägt. Menschliche Sicherheit bedeutet die Freiheit von Furcht (freedom from fear) und die Freiheit von Not (freedom from want) für jeden einzelnen Menschen. Der revolutionäre Aspekt beider Konzepte besteht nicht

nur in der Verbreitung eines menschenzentrierten Sicherheitskonzepts; sondern in der Verknüpfung des Konzepts der menschlichen Sicherheit mit der Verantwortung von Staaten, die dafür notwendigen Bedingungen zu schaffen. Zum ersten Mal wurde die Souveränität von Staaten, in ihrem Inneren nach eigenem Ermessen zu handeln, in Frage gestellt, und angeprangert, wenn Regierungen offenkundig die universellen Menschenrechte und Freiheiten missachteten. Im Jahre 2001 wurde das Konzept der Schutzverantwortung („responsibility to protect“, R2P) von der Internationalen Kommission über Intervention und Staatensouveränität (ICISS) öffentlich präsentiert. Die Idee des Konzepts ist es, Regierungen in den Arm zu fallen, wenn sie die Menschenrechte missachteten. Es formuliert eine Legitimation internationaler Einflussnahme für den Fall, dass der betreffende Staat nicht willens ist und die Organe der internationalen Gemeinschaft sich als nicht fähig erweisen, die menschenrechtlichen Belange der betroffenen Menschen zu schützen. Die Legitimität des Handelns von Staaten unter der Flagge der „Schutzverantwortung“ ist allerdings nicht unumstritten, denn mächtige Akteure könnten sich auf diese Legitimation berufen wollen, um unter dem Deckmantel der „Verantwortung“ in anderen Staaten zu intervenieren, um ihre Eigeninteressen zu verfolgen. Trotz dieser Problematik bleibt die Anerkennung der Vorrangigkeit menschlicher Sicherheit eine wichtige politische Errungenschaft und insofern auch ein Bezugsrahmen für Konflikttransformation.

Wenn Staaten zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie die Rechte ihrer Bürgerinnen und Bürger in eklatanter Weise verletzen erhöhen sich die Chancen für eine friedlichere Ausgestaltung sozialer und politischer Beziehungen. Das Konzept der menschlichen Sicherheit thematisiert grundlegende Ursachen von Gewaltkonflikten, die auch für die Konflikttransformation von größter Bedeutung sind. Vor allem richtet es die Aufmerksamkeit auf nachhaltige Gewaltprävention. Umgekehrt ist aber auch der Ansatz der Konflikttransformation vielversprechend, um das Ziel der menschlichen Sicherheit zu unterstützen, weil diese darauf abzielt, Verhaltensmuster zu beeinflussen und

strukturelle oder zwischenmenschliche Konflikte in konstruktive Beziehungen umzuwandeln.

Literaturnachweise und -empfehlungen

Daase, Christopher (2010). *Wandel der Sicherheitskultur*, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 50/2010, 9–15.

Gießmann, Hans-Joachim (2011). *Frieden und Sicherheit*, in: Hans J. Gießmann/ Bernhard Rinke (Hg.), *Handbuch Frieden*, Wiesbaden: VS-Verlag, 541–556.

International Commission on Intervention and State Sovereignty (2001). *The Responsibility to Protect*. Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty. Ottawa: International Development Research Centre.

Onlinequellen

Institut für Friedenspädagogik (2004). *Friedensgutachten 2004 didaktisch*, www.berghof-foundation.org › Publications › Peace Education Resources

Our Common Future (1987). *Report of the World Commission on Environment and Development (Brundtland Report)*. UN Documents A/42/427, www.un-documents.net/ocf-11.htm#II

United Nations (Hrsg.) (2003). *Human Security Now. Protecting and Empowering People*. New York: Communications Development Inc., www.reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/reliefweb_pdf/node-21617.pdf

HERAUSGEGEBEN VON

Berghof Foundation Operations GmbH

© Berghof Foundation Operations GmbH

Altensteinstrasse 48a

14195 Berlin

Deutschland

www.berghof-foundation.org

November 2012

Alle Rechte vorbehalten.

The logo features a thick grey horizontal bar above the text. The number '40' is in a large, bold, red font, with the '0' having a white center. The word 'Years' is in a smaller, red, sans-serif font to the right of the '40'. Below this, the words 'Berghof Foundation' are written in a smaller, grey, sans-serif font.

40 Years
Berghof Foundation

Mitwirkende Autorinnen und Autoren: Beatrix Austin, Anna Bernhard, Véronique Dudouet, Martina Fischer, Hans J. Giessmann, Günther Gugel, Javaid Hayat, Amy Hunter, Uli Jäger, Daniela Körppen, Ljubinka Petrovic-Ziemer, Katrin Planta, Nadine Ritzl, Anne Romund, Norbert Ropers, Barbara Unger, Luxshi Vimalarajah, Oliver Wils, Oliver Wolleh, Johannes Zundel

Unser Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Berghof Foundation, die durch ihre intensiven fachlichen Diskussionen zum Gelingen der Publikation beigetragen haben.

Redaktionsteam: Beatrix Austin, Hans J. Giessmann, Uli Jäger, Anne Romund

Layout: Edenspiekermann, Christoph Lang

ISBN 978-3-941514-11-9